

Ansatzpunkte für eine krisenpräventive und konfliktsensible Entwicklungszusammenarbeit

- *Gewaltsame Auseinandersetzungen in Form inner- und zwischenstaatlicher Konflikte finden jährlich in 30 bis 50 Staaten statt. Die Anschläge vom 11. September 2001 haben zusätzlich die Gefahren des Terrorismus in extremer Form sichtbar werden lassen. Die Entwicklungspolitik muß sowohl auf Krisen- und Konflikterscheinungen als auch auf den Terrorismus reagieren.*
- *Der Bereich Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wurde in den letzten Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) fest etabliert. Das Thema ist keine Modeerscheinung, sondern eine notwendige Erweiterung.*
- *Zu den wichtigen Erfahrungen zählt, daß EZ auf Konflikte gewollt und ungewollt Einfluß nimmt. Auch wenn die konstruktiven Gestaltungsmöglichkeiten von EZ nicht überschätzt werden sollten, sind durchaus sinnvolle Ansatzpunkte vorhanden. EZ kann dabei helfen, die Ursachen für Konflikte abzubauen und Möglichkeiten zur gewaltfreien Konfliktlösung zu schaffen. Hierzu können geeignete Länderstrategien (Berücksichtigung von Konfliktpotentialen etc.), konfliktbezogene Wirkungsanalysen und spezifische Maßnahmen (z.B. friedensförderliche Projekte im Erziehungswesen und Medienbereich) beitragen. Die Umsetzung einer konfliktsensiblen EZ steht aber noch am Anfang.*
- *Das kohärente Zusammenspiel der EZ mit anderen Politiken (v.a. der Außenpolitik) ist von großer Bedeutung und sollte in der Praxis besser erkennbar sein. Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind wichtige Aufgaben für die gesamte Politik.*
- *Der mögliche entwicklungspolitische Beitrag zur Terrorismusbekämpfung ist eine neue und äußerst schwierige Herausforderung. EZ kann vor allem dazu beitragen, terroristischen Gruppen durch den Abbau struktureller Konfliktursachen den Nährboden zu entziehen sowie die Legitimität und Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen zu erhöhen.*

Hintergrund der aktuellen Diskussion

Krisenprävention und Konfliktbearbeitung wurden in den letzten 5 bis 10 Jahren als Thema von der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) aufgegriffen und als politischer Handlungsanspruch verankert. Der Grundgedanke, daß EZ immer auch Friedenspolitik sein will, ist zwar keineswegs neu. Neu ist allerdings der Versuch, direkte Beiträge zu einer friedlichen Entwicklung in Konfliktsituationen zu leisten. Dieses Anliegen ist heute nicht mehr nur ein abstraktes Oberziel, sondern soll sich in spezifischen Strategien und Maßnahmen niederschlagen. Eine neue Dimension erhielt das Thema aufgrund der Terroranschläge in den USA vom 11. September 2001; die Debatte über Krisenprävention und Konfliktbearbeitung kann in diesem Zusammenhang inhaltliche Anknüpfungspunkte bieten.

Begriffserläuterungen

Unter *Krisenprävention* sind Maßnahmen zu verstehen, die auf die tieferliegenden Ursachen von Konflikten abzielen (etwa ökonomische Disparitäten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen). *Konfliktbearbeitung* ist auf unmittelbar konfliktrelevante Faktoren gerichtet (etwa um konstruktiv Einfluß zu nehmen auf das Verhalten gewaltbereiter Akteure). Krisenprävention ist damit langfristiger angelegt, Konfliktbearbeitung ist überwiegend kurz- und mittelfristig ausgerichtet und in eher zugespitzten Krisensituationen relevant.

30 bis 50 gewaltsame Konflikte pro Jahr zwischen und mehrheitlich innerhalb von Staaten zeigen, wie notwendig es ist, konstruktive Konfliktlösungsmöglichkeiten zu finden. Viele Länder befinden sich zudem in einer Grauzone zwischen Krieg und Frieden, in der Prozesse eines schleichenden oder offenen Staatszerfalls stattfinden. Gewaltsame Auseinandersetzungen sind vielfach das Kernproblem. Neben dem immensen menschlichen Leid haben gewaltsam ausgetragene Konflikte zur Konsequenz, daß Entwicklungserfolge – die auch im Rahmen der EZ erreicht wurden – zunichte gemacht und zukünftige Entwicklungschancen blockiert werden. Sie sind schließlich eine erhebliche Belastung für die internationale Staatengemeinschaft (Kosten für Militäreinsätze, Wiederaufbauhilfen etc.).

Auch die Folgen der Terroranschläge sind – neben den dramatischen Konsequenzen in den USA – für die Entwicklungsländer enorm. Die ökonomischen Auswirkungen des 11. September 2001 führen vermutlich zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der Armen.

Die Ursachen und Auslöser von Konflikten sind komplex. Als besonders konfliktträchtig haben sich folgende Faktoren herausgestellt: sozioökonomische Ungleichheiten, fehlende politische Partizipationschancen, fragile staatliche und unzureichende zivilgesellschaftliche Strukturen, politische Gewalt und Repression, Konkurrenz um knappe Ressourcen (Boden, Wasser etc.). Die Perzeption der Faktoren durch Konfliktparteien ist vielfach von entscheidender Bedeutung. Das Empfinden, "kultureller Hegemonie" ausgesetzt zu sein, kann zur Gewaltbereitschaft und -eskalation beitragen. Gerade die ethni-

sche oder religiöse Instrumentalisierung von Konflikten scheint ein wichtiger Faktor zur Erklärung des Zulaufs zu terroristischen Gruppen zu sein. Das ethnische Konkurrenz- und Dominanzverhältnis ist u. a. ein entscheidender Erklärungsfaktor für den Bürgerkrieg auf Sri Lanka und die Gewaltspirale in Ruanda, die 1994 in einem Völkermord eskalierte.

In Ländern ohne funktionierendes staatliches Gewaltmonopol (Somalia, Sudan, Liberia etc.) haben Gruppen vielfach ökonomische Motive für die Fortsetzung instabiler Verhältnisse und gewaltsamer Konfliktverläufe. Sogenannte Gewaltmärkte etablieren sich, da systematischer Raub, Geiselnahmen, illegaler Handel (etwa mit Drogen und Diamanten), Schutzgelderpressungen etc. wichtige Einkommensquellen sein können.

Die internationale Debatte über Krisenprävention wurde wesentlich durch die gewaltsamen Ereignisse in den 90er Jahren in Ruanda, Somalia und dem ehemaligen Jugoslawien sowie die problematischen Reaktionen der internationalen Staatengemeinschaft auf diese Ereignisse hervorgerufen. Die günstigeren politischen Rahmenbedingungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ließen eine Diskussion über Prävention in unterschiedlichen Politikfeldern zu, während zuvor Strategien eines reaktiven Krisenmanagements dominierten. 1999 plädierte UN-Generalsekretär Kofi Annan deshalb für eine "Kultur der Prävention".

Gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen sind immer auch mit Konflikten verknüpft. Generell geht es deshalb nicht um die Verhinderung von Konflikten, sondern um die Suche nach konstruktiven und gewaltfreien Lösungswegen. Grundsätzlich sind drei Konfliktphasen zu unterscheiden:

- Die Entstehungs- und Eskalationsphase eines Konflikts, bei der es um den Abbau von Konfliktursachen, die Etablierung von Konfliktregelungsmechanismen und die Vermeidung von Gewalt geht (etwa die Situation Kenias in den 90er Jahren);
- die Austragungsphase, bei der die Eindämmung und Beendigung des gewaltsamen Konflikts im Vordergrund stehen (beispielsweise der Bürgerkrieg auf Sri Lanka);
- die Deeskalations- und Konsolidierungsphase, bei der die Kriegsfolgenbewältigung sowie die Aussöhnung und die Verhinderung einer erneuten Gewalteskalation wichtig sind (etwa die Situation in Guatemala).

Erfahrungen der EZ – *lessons learned*

Eine Reihe bi- und multilateraler Geber (Deutschland, Norwegen, Weltbank u.a.m.) sowie der Entwicklungshilfesausschuß (*Development Assistance Committee*, DAC) der OECD haben seit Mitte der 90er Jahre im Rahmen von Länder- und Projektstudien untersucht, welchen Einfluß EZ auf Konfliktsituationen hat. Die Erfahrungen lassen sich folgendermaßen charakterisieren:

Relativer Einfluß von EZ: Die Erwartungen an die Möglichkeiten von EZ sollten nicht zu hoch gesteckt werden (wie dies natürlich auch für andere EZ-Bereiche gilt). Die Hauptverantwortung für die Verhinderung oder Beendigung von gewaltsamen Konflikten liegt bei den jeweiligen Konfliktparteien. In den meisten Fällen wird EZ gewaltsame Konflikte nicht allein verhindern oder beenden können. Sie kann aber die Balance zwischen zivilen und gewaltsamen Formen der Konfliktaustragung verändern (*tipping the balance*). Ein deutsches Hilfs- und Entwicklungsprogramm erwies sich beispielsweise in den 90er Jahren im sogenannten Tuareg-Konflikt in Nordmali als ein wichtiger Schritt zur Befriedung, da zum Abbau der Konfliktursachen und zur Überwindung der Konfliktfolgen beigetragen werden konnte.

EZ und Terrorismusbekämpfung

Wie sich die Terroranschläge auf die deutsche und internationale EZ auswirken werden, ist noch nicht absehbar. Mögliche Konsequenzen für die EZ wurden allerdings bereits unmittelbar nach dem 11. September 2001 erörtert. Die Diskussion zeigt, daß die EZ insgesamt einen Bedeutungszuwachs aufgrund der neuen Herausforderungen erfahren könnte.

Für die aktuelle Debatte sind folgende Punkte relevant:

- EZ kann nicht auf spezifische Erfahrungen mit entwicklungspolitischen Ansätzen der Terrorismusbekämpfung zurückgreifen. Allerdings bestehen viele Anknüpfungspunkte zur Diskussion über Krisenprävention und Konfliktbearbeitung.
- EZ kann im Hinblick auf terroristische Gruppen und Aktivitäten kaum etwas direkt unternehmen, wohl aber in bezug auf das Umfeld. Sie kann dazu beitragen, terroristischen Gruppen durch den Abbau struktureller Konfliktursachen den Nährboden zu entziehen.
- Von zentraler Bedeutung sind Ansätze, die darauf abzielen, die Legitimität und Funktionsfähigkeit staatlicher Strukturen zu erhöhen. Dies dient einerseits der friedlichen Konfliktregulierung innerhalb von Staaten, andererseits einem gesicherten staatlichen Gewaltmonopol, das der Diffusion von Gewalt und der Existenz terroristischer Strukturen entgegentritt. Relevant ist in diesem Rahmen das Problem des Staatszerfalls.
- In allgemeiner Form dient EZ dem internationalen Dialog und kann verstärkt für Formen des inter- und intrakulturellen Dialogs genutzt werden.
- Angesichts der Anschläge ist die Frage zu diskutieren, welche Länder mehr bzw. weniger gefördert werden sollen. Die Frage ist wegen erkennbarer Zielkonflikte kompliziert. Einerseits wurden in den letzten Jahren immer mehr entwicklungspolitische Standards im Hinblick auf die Partnerregierungen und deren Politiken eingeführt (etwa zur Frage der demokratischen Legitimität und der Korruption). Zugleich hat in der deutschen EZ eine Konzentration auf weniger Länder begonnen. Andererseits wird das Ziel der Terrorismusbekämpfung zur Folge haben, daß wichtige Kooperationspartner bei dieser Aufgabe im Rahmen der EZ neu oder verstärkt berücksichtigt werden und andere entwicklungspolitische Prinzipien an Kraft verlieren (etwa im Fall von Pakistan). Langfristig sollten allerdings die entwicklungspolitischen Standards ausschlaggebend bleiben.

EZ ist nicht konfliktneutral: EZ nimmt gewollt und ungewollt Einfluß auf Konflikte in den Partnerländern. Diese Wirkungen sind sowohl auf der Ebene einzelner Maßnahmen bzw. Projektregionen (Mikroebene) als auch auf der Ebene der Gesamtpolitik eines Landes (Makroebene) feststellbar. Auf der Mikroebene stellt sich in vielen Partnerländern die Frage, ob und in welcher Weise die ethnische Zugehörigkeit der Zielgruppen berücksichtigt wurde. Auch bei "rein technischen" Maßnahmen gibt es zahlreiche Belege dafür, daß sie auf gesellschaftspolitische Spannungen und Konfliktsituationen positiv oder negativ einwirken. So wurden auf Sri Lanka von verschiedenen Gebern im Rahmen des Mahaweli-Projekts Maßnahmen gefördert, die die ethnisch ausgerichtete Besiedlungs-

politik zu Lasten der Tamilen indirekt unterstützten und damit zur Konfliktverschärfung beitrugen. Ebenso kann EZ auf der Makroebene konfliktentschärfend oder -verschärfend sein. So ist mit der Vergabe von EZ-Mitteln vielfach eine politische Signalwirkung für das Partnerland verbunden. Im Falle Kenias übten die Geber zeitweilig erfolgreich Druck zugunsten einer demokratischen Öffnung des Landes aus. In einigen Fällen spielt die Frage eine Rolle, ob EZ die Konfliktaustragung indirekt oder direkt mitfinanziert (beispielsweise durch Zweckentfremdung von Mitteln).

Early warning/Konflikterkennung: EZ-Akteure können wegen ihrer guten Außenstrukturen in den Partnerländern für die Konflikterkennung wertvoll sein. Um überhaupt präventiv tätig sein zu können, ist ein ausreichendes Wissen über Konflikt- und Gewaltpotentiale notwendig. Insbesondere wenn EZ krisenpräventive Beiträge leisten will, ist ein frühzeitiges Erkennen von Konflikten erforderlich (*early warning*). Die EZ schenkte der Konflikterkennung bis etwa zur zweiten Hälfte der 90er Jahre kaum Beachtung. Darüber hinaus bestehen Defizite bei der Berichterstattung und dem Informationsfluß innerhalb des EZ-Systems und zwischen EZ- und außenpolitischen Akteuren. So haben Projektmitarbeiter teilweise kein Interesse, den lokalen Konflikten in der Berichterstattung Aufmerksamkeit zu schenken, weil z.B. unklar ist, welche Konsequenzen daraus folgen könnten. Die selektive Wahrnehmung von Informationen kann dazu führen, daß Konfliktsituationen falsch oder verzerrt interpretiert werden. Die Fehlwahrnehmungen im Zusammenhang mit dem Völkermord in Ruanda sind hierfür ein Beispiel. Allerdings ist zu betonen, daß auch bei funktionierenden Frühwarnsystemen und einer ausreichenden Konflikterkennung keineswegs sichergestellt ist, daß dies automatisch zu politischem Handeln führt (*early action*).

Politikkoordinierung/Kohärenz: Das Zusammenspiel unterschiedlicher Politiken ist für Krisenprävention und Konfliktbearbeitung von zentraler Bedeutung. EZ kann und will andere politische Akteure nicht ersetzen. Sie ist vielmehr auf die enge Kooperation mit anderen Politiken sowie zwischen bi- und multilateralen Gebern angewiesen, um wirksam zu sein. Dies gilt etwa für den Bereich der Rüstungsexporte. Notwendig sind vor allem gemeinsame Länderstrategien (bei denen beispielsweise außen- und entwicklungspolitische Aktivitäten zur Konfliktdeeskalation verzahnt werden) und politische Initiativen (etwa zur Kontrolle von Kleinwaffen). Dies beinhaltet eine deutlich engere Abstimmung mit diplomatischen und ggf. sicherheitspolitischen Aktivitäten sowie mit anderen Politikfeldern (Handels-, Finanz-, Agrar- und Umweltpolitik) als in der Vergangenheit.

Bedeutung privater Akteure: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sind nicht allein für staatliche Organe relevant, sondern ebenso für die privaten Akteure. Zivilgesellschaftliche Gruppen, die aus den Konfliktgebieten stammen, sind von zentraler Bedeutung, da sie die regionalen Gegebenheiten genau kennen, vielfach eine gute Akzeptanz haben und ein langfristiges Engagement sicherstellen können. Kirchliche Organisationen haben etwa in Kenia verschiedene Initiativen zur gewaltfreien Konfliktlösung auf lokaler Ebene wirksam umsetzen können. International tätige Nichtregierungsorganisationen (NRO) sind ebenfalls wichtige Akteure. Die deutschen politischen Stiftungen sind beispielsweise häufig in gesellschaftspolitischen Schlüsselbereichen tätig, die unter Konfliktgesichtspunkten von großem Interesse sind (Förderung politischer "Denkfabriken", Dialogforen für Konfliktparteien etc.). Zunehmend wird der Bedeutung lokaler und internationaler Privatunternehmen für Konfliktsituationen

Bemühungen der deutschen EZ zur Konfliktsensibilisierung

In der deutschen EZ gibt es seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre verschiedene Bemühungen, um das Thema aufzugreifen. Hierzu zählen v.a. die folgenden:

- Die Bundesregierung hat ein Gesamtkonzept "Krisenprävention und Konfliktbeilegung" (2000) erarbeitet, worin ausdrücklich der Stellenwert der Entwicklungspolitik betont wird.
- Zur Erfassung der Krisenneigung der Partnerländer wurde ein Indikatorenmodell entwickelt, das seit 1999 angewendet wird. Anhand von verschiedenen thematischen Blöcken (Disparitäten in einer Gesellschaft, vorhandene Kompetenzen zur friedlichen Konfliktbearbeitung, Feindbilder etc.) wird ermittelt, in welchem Umfang Krisen- und Gewaltpotentiale vorhanden sind und damit ein Präventionsbedarf besteht.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat sich durch eine sechs Länder umfassende Serienevaluierung einen grundsätzlichen Überblick über die Wirkungen der deutschen EZ in Konfliktsituationen verschafft. Pilotstudien zum Thema haben außerdem die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durchgeführt.
- Seit 1998 ist das BMZ im Bundessicherheitsrat vertreten. Das BMZ setzt sich hier v.a. für eine restriktive deutsche Rüstungsexportpolitik ein.
- "Friedensentwicklung und Krisenprävention" ist einer von gegenwärtig zehn Schwerpunktbereichen in der bilateralen deutschen EZ.
- Das BMZ hat ein Sektorberatungsvorhaben mit der Zielsetzung "Weiterentwicklung von Konzepten und Instrumenten zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung und deren beispielhafte Anwendung in Schwerpunktländern" bei der GTZ in Auftrag gegeben. Eine Handreichung zur Konfliktanalyse für die Projektplanung und -steuerung sowie eine weitere Handreichung zur konfliktbezogenen Wirkungsbeobachtung von EZ-Vorhaben befinden sich in der Erprobung.
- Ein weiteres Sektorberatungsvorhaben widmet sich dem Thema "Kleinwaffenkontrolle".
- Das BMZ hat 1999 den "Zivilen Friedensdienst" geschaffen, der Entwicklungs- und Friedensarbeit zur Förderung des gewaltfreien Umgangs mit Konflikten leistet.
- Ein Fonds für Friedenseinrichtungen und -initiativen wurde eingerichtet, um die praktische Umsetzung von Theorieansätzen zu fördern.
- Im BMZ wurde erstmals ein Referat "Außen- und Sicherheitspolitik; Friedensentwicklung und Krisenprävention" eingerichtet (das darüber hinaus auch für Menschenrechte sowie Forschung zuständig ist).
- Durch den BMZ-Arbeitskreis "Entwicklungspolitische Krisenprävention und Konfliktbearbeitung" (seit 2000) und die "Gruppe Friedensentwicklung" (FriEnt) (seit August 2001) wurden Netzwerkstrukturen geschaffen.

mehr Aufmerksamkeit geschenkt. So besteht in einigen Fällen das Problem, daß sich bewaffnete Gruppen durch die Zusammenarbeit mit Unternehmen finanzieren, indem beispielsweise in Konfliktregionen leicht transportierbare Roh-

Ansatzpunkte des Auswärtigen Amts

Neben den neuen Bemühungen des BMZ hat auch das Auswärtige Amt seine Maßnahmen zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung ergänzt. Schwerpunkte sind: (i) Ziviles Personal und materielle Unterstützung für UN-Missionen, (ii) Kurse zur Vorbereitung von zivilem Friedenspersonal auf internationale Einsätze (etwa für Aktivitäten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), (iii) Förderung von internationalen Friedensprozessen und Konfliktbearbeitungsinstrumenten (etwa für das internationale Panel zur Aufarbeitung des Völkermordes in Ruanda), (iv) Unterstützung von konfliktbearbeitenden, krisenpräventiven oder friedenkonsolidierenden Projekten deutscher und internationaler NRO.

stoffe wie Diamanten und Gold gewonnen und damit materielle Anreize für eine Konfliktfortsetzung geschaffen werden.

Handlungsfelder: Bemühungen um eine konflikt-sensiblere EZ

Um EZ konflikt-sensibler zu gestalten, gibt es verschiedene Ansatzpunkte:

Strategieentwicklung: Krisenprävention und Konfliktbearbeitung müssen sich in der Strategieentwicklung (Länder-, Sektorstrategien u.ä.) niederschlagen. Im Rahmen von Länderstrategien zählt hierzu die Berücksichtigung folgender Fragen: Gibt es im Partnerland Gewaltpotentiale? Wie werden diese durch das Länderprogramm und den Politikdialog berücksichtigt? Inwieweit ist die Partnerregierung um eine friedliche Konfliktbeilegung bemüht? Bietet die EZ Anreize zur Gewaltdeeskalation? Kann durch den Mißbrauch von EZ die Fähigkeit zur Gewaltanwendung erhöht werden? Hat die regionale Konzentration der EZ im Partnerland Folgen für bestehende Konflikte?

Kohärenz: Im Rahmen der Strategieentwicklung sollte zugleich deutlich werden, an welchen Stellen andere Politikbereiche aktiv zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung beitragen können bzw. ob die EZ Initiativen anderer Akteure flankieren kann. Bemühungen sollten deshalb auf gemeinsame Strategien mit der Außenpolitik und ggf. anderen relevanten Politikfeldern gerichtet sein.

Etablierung als Querschnittsthema: In vielen Ländern mit Konfliktpotentialen wird es nicht möglich oder sinnvoll sein, Krisenprävention und Konfliktbearbeitung als Schwerpunkt der EZ zu etablieren. Dennoch sollte auch in diesen Fällen das Thema als Querschnittsdimension bei den Verfahren, Sektorstrategien, einzelnen Maßnahmen etc. berücksichtigt werden. So sollte grundsätzlich bei allen Maßnahmen, die in Ländern wie Ruanda, Sri Lanka und Guatemala gefördert werden, die Frage gestellt werden, ob damit in der Wahrnehmung der unterschiedlichen Gruppen eine Begünstigung oder Benachteiligung verbunden ist.

Conflict Impact Assessment: Eine konfliktbezogene Wirkungsanalyse (*conflict impact assessment*) bietet der EZ Möglichkeiten, konfliktrelevante Wirkungen des eigenen Verhaltens zu erkennen und anzupassen. Eine solche Wirkungsanalyse sollte sich nicht allein auf die Ebene einzelner Maßnahmen beschrän-

ken, obwohl dies vielfach ein wichtiger Ansatzpunkt ist. Vielmehr sollten die grundsätzliche EZ-Politik gegenüber dem jeweiligen Partnerland (etwa der Politikdialog) und das EZ-Portfolio ebenfalls in eine solche Wirkungsanalyse einbezogen werden.

Mitarbeitersensibilisierung: Einer der zentralen Ansatzpunkte zur konflikt-sensibleren Gestaltung von EZ besteht in der Aus- und Fortbildung der Inlands-, Auslands- und Counterpartmitarbeiter. Inzwischen gibt es in Deutschland und bei anderen Gebern eine Reihe von wichtigen Ausbildungsprogrammen zum Thema.

Operative Maßnahmen: Auf der Ebene einzelner Projekte und Programme kommen vorhandene sowie neue konflikt-spezifische Maßnahmen in Betracht. Zu den existierenden Möglichkeiten zählen u.a. Maßnahmen zur Demokratieförderung, zur Unterstützung von *good governance* (Rechtsstaatlichkeit etc.), zur Förderung regionaler Kooperation und zum Wiederaufbau kriegszerstörter Infrastruktur. Neue spezifische Maßnahmen sind beispielsweise:

- Unterstützung von Sicherheitssektorreformen (demokratische Kontrolle der Militärs, Demobilisierung und Reintegration von Kombattanten etc.),
- Eindämmung und Kontrolle von Kleinwaffen,
- Trauma- und Versöhnungsarbeit (etwa im Hinblick auf Kindersoldaten),
- Förderung lokaler Gruppen, die Beiträge zur friedlichen Konfliktbearbeitung leisten (Lösung von lokalen Landnutzungskonflikten, Rechtsbeistände etc.),
- friedensförderliche Maßnahmen im Erziehungswesen ("Friedenserziehung") und im Medienbereich.

Dr. Stephan Klingebiel

*Wissenschaftlicher Mitarbeiter
in der Abteilung "Grund-
satzfragen der Entwicklungs-
zusammenarbeit; Krisenprä-
vention, soziale Sicherung;
Umweltschutz und nachhalti-
ges Ressourcenmanagement;
regionaler Schwerpunkt:
Nordafrika / Naher Osten"*

Weiterführende Literatur:

Berghof Handbook for Conflict Transformation:

<http://www.berghof-center.org/handbook/cf.htm>

Klingebiel, S. (1999): Wirkungen der Entwicklungszusammenarbeit in Konfliktsituationen. Querschnittsbericht zu Evaluierungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit in sechs Ländern, DIE, Berlin

Mehler, A. / C. Ribaux (2000): Krisenprävention und Konfliktbearbeitung in der Technischen Zusammenarbeit. Ein Überblick zur nationalen und internationalen Diskussion, GTZ, Wiesbaden

OECD/DAC (2001): Helping Prevent Violent Conflict, Orientations for External Partners, Paris